

# Litauische Rundschau

Organ der Partei der Deutschen Litauens.

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučio g-vė Nr. 4.  
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.  
Telegrammadresse: Litru Kaunas.  
Postcheckkonto Königsberg I/Pr. Nr. 13680.  
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.  
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.  
№ 2.

Kowno, Dienstag, d. 4. Januar 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Feiertag.  
Abonnementspreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen  
für 1 Monat — 10 M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Aus-  
land für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.  
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 2 Mark.  
An bevorzugter Stelle (über dem Anzeigestrich) 4 M. 50 Pf.  
Reklame die Zeile 3 Mark.  
Preisänderungen behält sich die Redaktion vor.



Heute früh um 1/10 Uhr verschied  
nach kurzem Leiden mein lieber Mann

**PETER STUTTMANN**

im Alter von 75 Jahren

Die trauernde Witwe.

Die Beerdigung findet Dienstag  
den 4. Januar 1921 morgens 9 Uhr  
von der Karmeliterkirche aus statt.

Heute Morgen 1/10 Uhr verschied  
im Alter von 75 Jahren unser  
Meister

**PETER STUTTMANN.**

Seit fast 53 Jahren hat er mit uner-  
müdlichem Fleiss, seltener Hingabe und  
Treue unserer und unserer Stammfirma im  
Rheinlande gedient.

Wir betrauern auf's tiefste das Hin-  
scheiden dieses vortrefflichen Mannes und  
werden ihm für sein Schaffen und Wirken  
traues Gedenken und Dankbarkeit über das  
Grab hinaus bewahren.

Gebr. Tillmanns & Co.

Kowno, 2. Januar 1921.

## Zwischen den Schlachten.

Von unserem Berliner Korrespondenten.

Kurz vor den Feiertagen ist der deutsche Reichstag, nachdem er in den letzten Tagen in Sitzungen, die den achtstündigen Arbeitstag bei weitem überschritten, eine ganze Reihe von Vorlagen verabschiedet hatte, in die Weihnachtstferien gegangen, die bis zum 19. Januar dauern sollen. Kurz vor dieser Vertagung drohte die Situation noch einmal sich zuspitzen und es gab einmal bei der Beratung der Beamtenbesoldung und dann bei der Beratung des Reichsnotopfers wirklich so etwas wie eine mehrstündige Regierungskrise. Es ist ja seit längerer Zeit ein offenes Geheimnis, dass der Sessel des Finanzministers Dr. Wirth etwas wacklig ist, aber in beiden Fällen hatte das Kabinett keinen Zweifel daran gelassen, dass eine Wirth-Krise zugleich eine Regierungskrise bedeuten würde. Dieser Preis erschien der Volkspartei, von der beim Reichsnotopfer der Widerstand ausging, denn doch allzu hoch und so gelang es schliesslich, den Riss wieder zu kitten, so dass das Parlament und das Kabinett beruhigt in die Ferien gehen konnten. Der Versuch der Deutschen Volkspartei, aus der Bahn auszubrechen und die Verant-

wortung für das Reichsnotopfer den anderen Regierungsparteien zu überlassen, war durch die Haltung der Demokraten glücklich abgewehrt. Wenn man diese Krisen richtig würdigen will, so wird man nicht übersehen dürfen, dass die Wahlen zur preussischen Landesversammlung unmittelbar vor der Tür stehen. Je näher aber der Wahltermin heranrückt, umso grösser wird offenbar bei der Deutschen Volkspartei und auch bei den Mehrheitssozialisten, die durch ihre schweigende Duldung, auch wenn sie im Kabinett Fehrenbach nicht vertreten sind, doch die Verantwortung für die Regierung mittragen, die Neigung sich ihren Pflichten zu entziehen, um ganz den Bedürfnissen der Wahlagitator gerecht werden zu können, und um so die unangenehme Konkurrenz, bei den Volksparteiern sind es die Deutschnationalen und bei den Mehrheitssozialisten sind es die Unabhängigen, wirksam bekämpfen zu können. Da die Preussenwahlen am 20. Februar stattfinden sollen, so ist leider anzunehmen, dass sich solche krisenähnliche Zwischenfälle noch weiter wiederholen werden, wenn nicht nach dem Zusammentritt des Reichstages das Verantwortlichkeitsgefühl beiden Parteien wächst.

Mit der Regelung der Zulagen für die Beamten, die der Reichstag noch kurz vor den Weihnachtstferien erledigte, hat sich das Parlament in der Beamtenschaft keine Freunde geschaffen. Die Gefahr eines Beamtenstreiks kann keinesfalls als überwunden gelten. Im Hinblick auf das Fest ist auch hier die Entscheidung lediglich vertagt. Die Grossorganisationen der Eisenbahner erklärten in einem Aufruf, dass die letzten Beschlüsse des Reichstages den Ansprüchen der Beamten auch nicht im entferntesten Rechnung tragen. Die Not sei ins Unerträgliche gestiegen, die Organisationen richten darum nochmals den dringenden Appell an die Regierung und an das Parlament, helfend einzugreifen. Man sei zwar gewillt, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, sollten aber diese Bemühungen ohne Erfolg bleiben, so würde man zum Streik greifen. Der Regierung wurde eine Denkschrift übermittelt mit den Forderungen der Beamten und Arbeiter. Die Hauptschwierigkeit liegt hier natürlich darin, wie das Reich die nötigen Mittel aufbringen soll. Trotzdem darf man wohl der Hoffnung Ausdruck geben, dass es gelingt, zu einer Verständigung zu kommen, zumal ja die bisherigen Bewilligungen ohnehin nur als vorläufige Hilfe gedacht waren. Andererseits wird man natürlich nicht verkennen können, dass hier eine grosse Gefahr droht. Die Regierungsmaschine arbeitet ja bei solchen Dingen nicht in einem gar zu schnellen Tempo, und so liegt immer die Gefahr vor, dass die Organisationen, auch wenn sie entschlossen sind, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, die Massen nicht in ihrer Gewalt behalten, zumal auch hier gewisse Kreise sich natürlich bemühen werden, im Trüben zu fischen. Die Urabstimmungen, die bei den grossen Organisationen vorgenommen worden sind, sollen eine Zweidrittelmehrheit für den Streik ergeben haben. Bei den amtlichen Stellen beurteilt man vorläufig die Lage noch ziemlich züversichtlich, man neigt der Ansicht zu, dass für die nächste Zeit eine akute Streikgefahr nicht besteht. Aber auch hier stehen wir zwischen den Schlachten, deren Ausgang man nicht voraussagen kann.

Auch in Brüssel ist man in diesen Tagen in die Ferien gegangen. Die Verhandlungen der Reparationskommission sind bis zum 10. Januar vertagt worden. Die Sachverständigen der Alliierten, die hier mit den deutschen Sachverständigen zusammentrafen, sollten „die Frage der von Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles geschuldeten Reparationen vorbereitend prüfen“. Eine endgültige Entscheidung konnte Brüssel also keineswegs bringen, der Weg, der zu diesem Ziel führt, ist nicht ganz einfach und nicht ganz kurz und man wird sich noch eine Weile in Geduld fassen müssen, bis das endgültige Resultat bekannt wird. Es galt zunächst einmal, in Brüssel die deutsche Leistungsfähigkeit festzustellen. Dazu war es nötig, eine ganze Reihe von Fragen zu klären, denn es ist einleuchtend, dass die Leistungsfähigkeit Deutschlands einmal von der Behandlung des deutschen be-

schlagnahmen Eigentums im Auslande, von der Frage der Freigabe eines genügenden Schiffsraums, von der Frage, wie weit Oberschlesien dem Reiche ernhalten bleibt und von einer Reihe wichtiger weiterer Fragen abhängt. Diese verschiedenen Fragen sind in Brüssel zunächst besprochen worden, und es muss festgestellt werden, dass man sachlich arbeitete und dass die deutschen Vertreter zu den einzelnen Problemen ausführlich und ruhig Stellung nehmen konnten. Sind auch positive Ergebnisse nicht zu verzeichnen, so scheint man sich doch darüber einig geworden zu sein, dass ein möglichst grosser Teil der Zahlungen Deutschlands in Form von Lieferungen von Rohstoffen und Fertigfabrikaten zu leisten sein wird. Das entspricht völlig der von den amtlichen deutschen Stellen immer vertretenen Anschauung. Wie man sagt, sollen Aussichten dafür vorhanden sein, dass die von Deutschland geforderte Freigabe des noch nicht abgelieferten deutschen Handelsschiffsraums in der Höhe von rund 350,000 Tonnen erfolgen soll. Auch in Bezug auf die sequestrierten deutschen Guthaben rechnet man mit der Möglichkeit von Zugeständnissen. Wenn nicht alles täuscht, so scheint man auch zu der Einsicht gekommen zu sein, dass eine Wiedergutmachung nicht möglich ist, so lange die Lasten, die Deutschland jetzt für die Besetzung und für die verschiedenen Kommissionen aufbringen muss, nicht gemildert sind. Trotzdem wäre es nicht richtig, sich nun einem rosenroten Optimismus hinzugeben, grade eine Reihe der schwierigsten Fragen harren noch ihrer Lösung. Während der Vertagung der Vollstimmungen werden die Sachverständigen in Fühlung miteinander bleiben und man kann nur wünschen, dass die Lösung des grossen Problems in ruhiger und sachlicher Arbeit gefördert wird. Der offizielle Ententebericht erkennt den guten Willen Deutschlands besonders an. Deutschland wird auch weiter alles tun, um die Arbeiter in dem Sinne weiter zu führen, in dem sie begonnen wurden. W. A.

## Die Wilnaer Deutschen gegen den Seim.

WILNA, 31. XII. (Eita).

Nach einer Meldung des „Wilenski Kurjer“ hat die deutsche Kolonie in Wilna beschlossen, an den Wahlen zum Wilnaer Seim nicht teilzunehmen.

## Chardigny gegen den Wilnaer Seim.

WARSCHAU, 31. XII. (Eita).

Nach einer Meldung der „Gazeta Warszawska“ hat die Kontrollkommission des Völkerbundes, bevor sie Wilna verliess, der Delegation des „Zeitweiligen Kownoer Komitees“ einen Besuch abgestattet, welches gegen die Volksabstimmung protestierte, da sie das Land zu spalten drohe. Oberst Chardigny erwiderte, dass er die Auffassung Grosslitauens völlig anerkenne, dagegen werde der Völkerbund niemals mit der Einberufung des Wilnaer Seim einverstanden sein, da die Volksabstimmung bereits beschlossen sei. Chardigny betonte noch, dass die Volksabstimmung ohne Zweifel auch auf die Polnische Frage in dem „Kownoer Litauen“ Einfluss haben werde.

## Jonischki von d. Polen geräumt.

KOWNO, 31. XII. (Eita).

Ungeachtet der Entscheidung der Kontrollkommission des Völkerbundes, dass die Stadt Jonischki als Endpunkt der Demarkationslinie zwischen den litauischen Truppen und denen Zeligowskis an die Litauer abzutreten sei, haben die Truppen Zeligowskis bis jetzt die Stadt noch nicht geräumt. Erst jetzt, nach Verlauf eines Monats, wird gemeldet, dass sie sich aus Jonischki nach Skardzia zurückgezogen haben.

## Streik in Riga.

Die städtischen Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen gleiche Lohnzulage wie die Stadtbeamten. Die Stadtverwaltung hat die Lohnerhöhung abgelehnt. Der Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke wird durch Soldaten aufrechterhalten.



## Eine neue Gewalttat gegen Deutschland.

BERLIN, 31. XII.

Der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission General Nollet richtete an den Direktor der Friedensabteilung des auswärtigen Amtes am 23. Dezember eine Note, in der es heisst: 2 Monate nach Ablauf der für die Auflösung der Sicherheitspolizei bestimmten Frist war die interalliierte Militärkontrollkommission noch nicht im Besitze aller Verfügungen, die die beteiligten Länder des Reiches, behufs Auflösung der Sicherheitspolizei durchgeföhrt oder auch nur im Gange sei. Sie stellte im Gegenteil fest, dass die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes ist, als die Sicherheitspolizei, verstärkt mit einem Teil der früheren blauen Polizei und dass die Stärke der Polizei in Zivilkleidung eine Vermehrung erföhrt, die nach den Bestimmungen des Artikels 162 des Friedensvertrages sich nicht rechtfertigen lässt. Die interalliierte Militärkontrollkommission nimmt Kenntnis von den Verletzungen des Friedensvertrages und der Note von Boulogne, die sich aus den oben wiedergegebenen Tatsachen ergeben.

Sie beehrt sich zu verlangen, dass die Sicherheitspolizei sofort vollständig aufgelöst wird und die genaue Stärke der Beamten und Angestellten der verschiedenen Arten von Polizei auf das Mass zurückgeföhrt wird, wie sich das aus der Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages ergibt. Auf die Note wurde vom Auswärtigen Amte eine Antwort am 24. Dezember gegeben. Sie besagt: „Namens der deutschen Regierung protestiere ich gegen die Feststellung, dass Deutschland die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und der Note von Boulogne über die Polizei verletzt. Die deutsche Regierung erhielt Aussicht auf eine gerechtere Beurteilung. Die eingehende Beantwortung der Note behalte ich mir vor. Ich bemerke heute nur folgendes: Die deutsche Regierung erhielt erst Anfang Oktober nach langwierigen Verhandlungen mit den von ihnen beauftragten Offizieren Klarheit, was nach Ansicht der Kontrollkommission zu geschehen hätte, um den Anforderungen der Note von Boulogne genügen. Erst dann konnten die grundlegenden Verfügungen erlassen und die Durchführung der Bestimmungen ausgearbeitet werden.“

Der Botschafterkonferenz wurde obige deutsche Note übermittleit, in der gegen die Unterstellung protestiert wird, dass Deutschland den Friedensvertrag in der Polizeifrage verletzt. Die deutsche Botschaft wurde angewiesen, die Angelegenheit mündlich mit den Regierungen der Entente zu besprechen.

## Vom allrussischen Rätekongress.

MOSKAU, 31. (Elta).

Nach einer Moskauer Radiomeldung hat Trotzki im Namen des Arbeitsverteidigungsrates dem russischen Rätekongress den Beschluss betreffend die Entlassung der älteren Jahrgänge aus dem Heere mitgeteilt. Der Beschluss wurde von dem Kongress gebilligt und wird sofort veröffentlicht werden. Ausserdem machte Trotzki die Vertreter des Kongresses darauf aufmerksam, dass es nötig sei, die Lage der Roten Armee dadurch zu festigen, dass man ihr günstigere Bedingungen schaffe.

Nach einer Moskauer Radiomeldung hat Rakowski im Namen der russischen und ukrainischen Volkskommissare dem russischen Rätekongress in Moskau den Vertrag zwischen der Räteregierung und der ukrainischen Räteherrschaft betreffend ein gegenseitiges militärisches und wirtschaftliches Bündnis zur Kenntnis gebracht. Der Kongress billigte einstimmig den Vertrag.

## Zeligowskts Stellung zu Sowjetrußland.

WILNA, 31. XII. (Elta).

Der Chef des Zeligowskischen Generalstabes und Direktor des Departements für Landesverteidigung, Oberst Bobizki, macht mit Bezug auf den Notenwechsel zwischen Rußland und Polen bezüglich der Besetzung des Gebietes von Wilna durch Zeligowski durch Funkspruch „an Alle“ bekannt, dass 1) „Mittellitauen“ nirgends gemeinsame Grenzen mit Rußland habe und aus diesem Grunde keine Rede von einer Gefahr für Sowjetrußland von Seiten Mittellitauens sein könne, 2) die Heeresteile „Mittellitauens“ niemals mit Sowjetrußland Krieg geföhrt haben und dies weder beabsichtigen noch beabsichtigen, dass sie im Gegenteil sich an die Bestimmungen des polnisch-russischen Präliminarvertrages gebunden betrachten, und 3) in dem Gebiete „Mittellitauens“ niemals fremde, den Bolschewisten feindliche Truppenteile waren noch sind, ebensowenig wie Teile der Truppen Sawinkows oder Balachowitsch.

## General Balachowitsch zum Führer weisruss. Formationen gewählt.

WILNA, 31. XII. (Elta).

Nach einer Meldung des „Wilenski Kurjer“ werden die Überreste der weisrussischen Freiwilligen Formationen jetzt von General Balachowitsch geföhrt, nachdem ihn die Truppen selbst zu ihrem Führer erwählt haben.

## Erneuter poln. Versuch eines Waffenstillstandsbruches.

KOWNO, 31. XII. (Elta).

Die Polen haben wiederholt versucht, die Eisenbahnbrücke über den Merkliss zwischen den Stationen Rudziski und Orany auszubessern. Zu diesem Zwecke wurde von den Polen ein Zug der Eisenbahnertruppe abgeschickt. Die Brücke liegt aber in dem neutralen Gebiet zwischen den litauischen Truppen und denen Zeligowskis. Die litauische Regierung hat erklärt, dass sie den Versuch, diese Strecke zu reparieren als Bruch des Waffenstillstandes ansehen würde. Unser Abschnittskommandant stellte den Polen am 30. Dezember ein Ultimatum, die bereits begonnenen Arbeiten sofort einzustellen und den Zug zurückzuziehen, widrigenfalls er das Feuer eröffnen werde. Darauf hat der polnische Abschnittskommandant den Befehl gegeben, den Zug zurückzuziehen.

## Kleine Meldungen.

WARSCHAU 31. XII. (Elta).

Nach Meldungen polnischer Blätter befürchtet man in Krakau blutige Ausschreitungen infolge der Hungersnot.

## Eine engl. Ehrung für einen deutschen Gelehrten.

NAUEN, 31. XII. (Elta).

Nach einer Neuener Radiomeldung ist der bekannte deutsche Gelehrte für Sexualforschung Dr. J. Bloch zum Ehrenmitglied der englischen wissenschaftlichen Vereinigung in London ernannt worden. Er ist der erste deutsche Gelehrte, dem von englischer Seite nach dem Kriege eine Ehrung zuteil geworden ist.

## dreisausehuss Kowno

Am 6. Januar 1921, von 6—10 Uhr abends, findet in der Volksschule, Mickiewitschstrasse 5, eine Versammlung der Mitglieder der Partei des Stadtkreises Kowno statt.

### Tagessordnung.

- 1) Bericht des Kreisausehusses über seine Tätigkeit.
- 2) Wahl eines neuen Kreisausehusses für 1921.
- 3) Wahl einer neuen Revisionskommission für 1921.
- 4) Verschiedenes.

Kreis-Ausschuss Kowno-Stadt der Partei der Deutschen Litauens:  
R. KINDER, Vorsitzender.

## Aus dem Vereinsleben.

Zu der Notiz des Deutschen Vereins in Nr. 1 vom 1. Januar unseres Blattes bittet uns Herr Unterwald, darauf aufmerksam zu machen, dass er auch am Nachmittag um 1 Uhr in seiner Wohnung, Duona-laicio g-ve 31, Quartier 9 zu sprechen ist.

## KUNST und WISSENSCHAFT.

### Konzert am 29. Dezember 1920.

Die Kownoer Konzerte häufen sich; und dies ist recht erfreulich, denn immerhin, es ist nichts Schlechtes was uns bis jetzt vorgesetzt wurde und zeugt davon, dass wir eine nicht zu unterschätzende Schar brauchbarer Künstler auf dem Plan finden können. Aber seitdem ich Gelegenheit hatte, meine erste Kunstkritik erscheinen zu lassen, hat sich, und das soll besonders festgestellt werden, die Kunstgemeinde ständig von Konzert zu Konzert vergrössert und damit ist der Beweis erbracht, dass das Kownoer Publikum für gute Musik nicht nur zugänglich ist, sondern dieselbe verlangt.

Zu dem letzten Konzert von Geschwister Rosenblum gelang es mir zuerst für den „ungeuer billigen Preis“ von nur 3 Mark ein Programm zu erstehen. Dann wartete ich geduldig wie ein Lamm bis 9 Uhr auf den Beginn des Konzerts, welches für 1/8 Uhr angesagt worden war, und dann—wurde ich angenehm enttäuscht.

Tardins' Sonate g moll gehört zu jenen kostbaren Werken deren Schönheiten gewiss nicht auf der Oberfläche schwimmen und dessen Aufbau treffend als charakteristisch bezeichnet werden kann. Im besonderen atmen Presto und Largo Kraft der Empfindung. Das Mendelssohnsche Konzert hingegen ist ein offensichtliche Offenbarung von gewaltiger Wirkung. Es zeichnet sich durch seine Gedankenklarheit und seine abgerundete Form aus, deren Wirksamkeit stets unfehlbar ist. Zigeunerweisen von Sarasate ist ein aus dem Innern schöpferischer Poet. Von Liszt brachte uns Fräulein Rosenblum zuerst Rigoletti dann die IV. Rapsodie zu Gehör. Ueber Liszt habe ich schon zu oft geschrieben und darum will ich heute nur wiederholen, dass Liszt einer der grössten gebenden Genies ist, die durch all die zar-

ten und wilden, tiefen und gewaltigen Töne unsere Sinne umfassen.

Die pianistisch sehr begabte junge Dame gefiel mir durch ihr zierliches, perlendes Spiel und durch ihr natürlich musikalisches Empfinden. Sie ist sogar nicht ohne Raffinement, aber vorab noch etwas sicher. Man kann von Fr. Rosenblum noch manches Schöner erwarten. Herr Rosenblum zeichnete sich vor allem durch solides Können aus. Sein Strich ist gut und sein Ton von wohliger Rundung. Bei der Sonate g moll hätte ich gerne bessere Uebergänge gehört und zwischen den einzelnen Teilen wäre eine kleine Atempause von nicht zu unterschätzendem Wert gewesen. Zigeunerweisen spielte Herr Rosenblum nach meinem Geschmack, technisch sauber und blum nach meinem Empfinden, dabei doch temperamentvoll, mit warmem Empfinden, dabei doch temperamentsvoll, er ist ein Virtuose, der derb zuzugreifen versteht und der auch sein Instrument richtig behandelt. Ich werde zu vertiefen und melodisch zu gestalten. Ich werde mich freuen, Herrn Rosenblum bald wieder zu hören. Die Klavierbegleitung des Herrn Gurewitz schmiegte sich dem Spiele passend an.

Rene Adolphi.

## Deutsche Oberrealschule in Kowno.

### Die Aufnahmeprüfungen

für die neu aufzunehmenden Schüler u. Schülerinnen finden am 7. Januar 1921 in Kowno statt.

Wiederbeginn des Unterrichts am 10. Januar.

Alles Nähere ist durch den Vorsitzenden des „Vereins deutsche Oberrealschule von 1920“ Herrn E. Jansen, Kowno; Keistucio g-ve 2. zu erfahren.

## Handelsteil.

### Von der lit. Holzausfuhr.

Wie uns aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, gelten für die Ausfuhr von Holz aus Litauen dieselben Bestimmungen wie für das Jahr 1920 auch für das neue Jahr. Es werden dieselben Ausfuhrzölle wie bisher erhoben werden. Einer Beschränkung unterliegen nur Papier- und Grubenholz die im neuen Jahr nur noch gegen Kompensation in Form von Papier und Kohle zur Ausfuhr freigegeben werden.

### Vom deutschen Holzmarkt.

Unser fachmännischer Mitarbeiter schreibt uns aus Berlin: Die Nachfrage, die scheinbar vom westdeutschen Holzmarkt ausging und viele Zwischenhändler in Ostdeutschland veranlasste, sich im Einkauf v. Schnittholz auf den Sägewerken zu betätigen, hat nachgelassen. Nach den vorliegenden Berichten zahlen die Verbraucher im Westen kaum diejenigen Preise, die heute von den Sägewerken und Zwischenhändlern in Ostdeutschland verlangt werden. Das Geschäft ist ins Stocken geraten und auch am ostdeutschen Holzmarkt sind die Umsätze erheblich geringer geworden. Nur in einigen Warengattungen, wie in astreinen Seiten, die schwer zu beschaffen sind, können grössere Umsätze erzielt werden, und es sind auch die Preise hierfür erheblich in die Höhe gegangen. So bezahlte man bei einigen grösseren Verkäufen von 23 mm. astreinen Seiten, die eine Durchschnittsbreite von 17 cm hatten, 1250 Mark je Kubikmeter ab Verladestation, und es brachten Füllungsseiten mit 21/22 cm Durchschnittsbreite sogar 1500 bis 1600 Mark. Unbesäumte Stamm Bretter, die nur in geringen Mengen verkäuflich waren, wurden zu 1100 bis 1150 M. umgesetzt. Die teuren Forderungen der schlesischen und norddeutschen Zwischenhändler die zwischen 1200 und 1300 Mark schwankten, wurden abgelehnt. Ebenso hat sich die Kaufkraft für Franzosenböhlen wesentlich vermindert. Heumend wirkte die Nachricht dass die Verhandlungen zwischen den te um die Festsetzung der Preise für die Holzlieferung gescheitert sind. Es hat den Anschein, als wolle Frankreich die Verhandlungen in die Länge ziehen, Finnland und Schweden wenig Bedarf hat und von sehen wird. Geradezu ungeheuer sind die Preise, die Einschläges gezahlt werden. So brachte ein Verkaufstermin der Oberförsterei Hochzeit Preise bis zu 670 Mark je Festmeter. Au dem Kauf waren hauptsächlich zwei Firmen in Freienwalde und Berlin beteiligt. Da die Ausfuhrkosten beträchtlich höher sind als im Vorjahr, und auch die Schneidlohne gestiegen sind, müsste die Stammware, die erzeugt wird, mindestens 1500 Mark erbringen, was jedoch ganz unmöglich ist.

Herausgeber „Partei der Deutschen Litauens“  
Verantwortlicher Redakteur O. v. Büchler.  
Chef Redakteur Erh. Jansen.